

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse:
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postnummer
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 8.

Mittwoch, 11. Januar 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straßburg, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Postämter 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasernenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Fern. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestande des Geschäftes Nr. 13 in Prausitz ist die **Waul- und Klauenfische ausgebrochen.**

Großenhain, den 2. Januar 1893.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.
v. Wilucki.

3965 E.

Wt.

Bekanntmachung.

das Betreten der Elbstrom-Eisdecke betreffend.

Die unterzeichnete Behörde findet sich mit Rücksicht darauf, daß sich die Eisdecke auf dem Elbstrom nur unvollständig gebildet hat, veranlaßt zur Vermeidung von Unfällen darauf aufmerksam zu machen, daß der Uebergang über den Elbstrom nur da stattfinden darf, wo sich die Eisdecke über den ganzen Strom erstreckt, und wo abgefeste Eisbahnen vorhanden sind. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 20 M. eventuell entsprechender Haftstrafe geahndet.

Riesa, am 9. Januar 1893.

Königl. Amtshauptmannschaft als Elbstromamt.
v. Kirchbach.

W.

Bekanntmachung.

Die unter den Viehbeständen des Rittergutes Gehlis und des Geschäftes Meißnerstraße Nr. 5 hieselbst ausgebrochene **Waul- und Klauenfische** ist wieder **erloschen.**

Riesa, am 9. Januar 1893.

Der Stadtrath.
Stöber.

Gr.

Verdingung.

Die Abfuhr des **Rehrichts** und der **Wische**, sowie das **Räumen der Latrinen, Sammelgruben und Senkbrunnen** im Paradenlager bei **Zeithain**, soll vom 1. April d. J. ab im Ganzen oder in 4 Losen an den Mindestfordernden vergeben werden. Die Bedingungen liegen beim Kasernenwärter Herrsdorf hieselbst zur Einsicht aus und sind die Angebote bis **Mittwoch, den 18. Januar 1893, Vorm. 10 Uhr** postfrei an die Garnison-Verwaltung Dresden einzuhändigen.

Dresden, am 6. Januar 1893.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Tagesgeschichte.

Mit einer sonst seltenen Einstimmigkeit verurtheilt die gesammte deutsche Presse das Verhalten des „Vorwärts“ in Sachen der Welfenfondsquittungen. Die Unverschämtheit, mit der er seinen sozialdemokratischen Lesern die Mittheilungen des „Reichsanz.“ vorenthält, und die Schamlosigkeit, mit der er an seinen Angaben festhält, sind um so großartiger, als derselbe „Vorwärts“ am 7. April 1892 bezüglich der Quittungen folgendes schrieb: „Hinter dem Jährer Buchhändler, der die 100 Quittungen“ um theures Geld los sein wollte, steckte ein Herr von Ehrenberg, welcher einmal im Reichstage als Stipendiat des Welfenfonds bloßgestellt worden sei, dann nach Transvaal ausgewanderte, in einem dortigen deutschen Verein zurückgewiesen wurde und nach Europa zurückkehrte.“ Der „Vorwärts“ stellte es so dar, als ob Ehrenberg nach Anleitung des Fürsten Bismarck darauf ausgehe, die Landtagskassen unter den früheren Stipendiaten des Welfenfonds rücksichtslos bloßzustellen. Mit der Drohung der Veröffentlichung der Quittungen werde ein infames Schachergeschäft getrieben, wobei Ehrenberg den Unterhändler nach zwei Seiten spiele. So der „Vorwärts“ vor acht Monaten, und heute ist er selbst derjenige, der das „infame Schachergeschäft“ treibt. Nur mit Ekel und Abscheu kann man sich von einem derartigen Parteitreiben abwenden. Der vorgenannte Herr von Ehrenberg ist der bekannte ehemalige bairische Artilleriehauptmann, der zuletzt wegen Verdachts des Landesverrathes verhaftet werden sollte, aber flüchtig wurde. Nach einem Telegramm der „Presse“ Morgenzg. halten übrigens auch Hauptmann Müller und Lunge die Echtheit der Welfenquittungen aufrecht. Die Sache sei einem schweizerischen Parlamentarier übergeben. Herr Lunge ist übrigens, wie die „Berm.“ erfährt, Jude, Sohn des gleichnamigen Professors am Polytechnikum in Zürich und Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ und der Wiener „N. Fr. Presse“. Bezüglich des „Hauptmanns“ Müller konstatiert er „Staatsanz. f. Württ.“, daß er durch königliches Dekret vom Juli 1890 aus dem Officiersstande entlassen sei, somit unberechtigter Weise den Titel Hauptmann führe.

Die Regierung ist entschlossen gegen den Bergarbeiterausstand mit aller Strenge vorzugehen. Das Organ der Bergbehörde im Saarbezirk, der „Bergmanns-freund“, schreibt in einer Sonderausgabe folgendes: „Saarbrücken, 10. Januar. Wegen ihrer aufreizenden Thätigkeit vor dem Streik und ihres Verhaltens während desselben sind heute die Hauptagitatoren für immer aus der Grubenarbeit entlassen und wurden ihnen auf sämtlichen Gruben des Bezirkes die Abtreibungsscheine zugestellt. Diese Maßregel trifft vorläufig etwa 500 Mann, nahezu sämtliche agitatorisch thätige Mitglieder des Reichsausschusses. Da die Zahl derselben sich noch vermehren wird, hängt lediglich von dem weiteren Verhalten der Belegschaft ab. Ferner werden, da die schlechte Lage des Kohlegeschäftes eine Verminderung der Belegschaft notwendig macht, außerdem von den Auswärtigen mindestens zwei bis drei Tausend Mann bis auf Weiteres von der Grubenarbeit zurückgewiesen werden. Die Bergverwaltung hatte die Absicht, diese im geschäftlichen Interesse notwendige Maßregel lediglich mit Rücksicht auf

die Belegschaft zu vermeiden. Diese Rücksicht ist aber nunmehr im Hinblick auf das Verhalten der Belegschaft in Wegfall gekommen. Selbstverständlich werden bei der Auswahl der von der Arbeit zurückzuweisenden mindestens 2 bis 300 Mann in erster Reihe diejenigen in Betracht kommen, welche am längsten im Ausstand verharren. Das mögen sich die Auswärtigen gesagt sein lassen. Wenn auch die Nothwendigkeit dieser Maßregeln im Interesse der Familie der Betroffenen beklagt werden muß, so sind sie doch durchaus erforderlich, um den Auswärtigen zum Bewußtsein zu bringen, daß man nicht ungestraft unter Contractbruch in einen freivolten Streik eintritt.“ Wann sollte vor allen Dingen den Führern rothe Verführern etwas energischer entgegengetreten und sie für das entstehende Elend verantwortlich machen. — In Gelsenkirchen sind auf die Ermittlung der Urheber des Dynamitanschlags von dem Bürgermeister 3000 Mark als Belohnung ausgesetzt worden. Vier Führer der Streikenden sind verhaftet worden, darunter Wattern, weil derselbe geäußert hatte, er wünsche, daß Gewalt angewendet werde.

Deutsches Reich. Auch der Bundesrath nimmt seine Arbeiten in dieser Woche wieder auf; ihm ist der Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung der Maß- und Gewichts-Ordnung nebst erläuternder Denkschrift zur Beschlussfassung zugegangen.

Die Commission für die zweite Lesung des Entwurfes des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches ist am Montag im Reichsjustizamt zum ersten Male im neuen Jahre zu einer Gesamtsitzung zusammengetreten.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Lübeck betr. den Elbe-Trade-Canal sind abgeschlossen; Lübeck trägt 18 Millionen, Preußen 6 Millionen bei.

Gegen die Beschränkung des Haushandels hat der Centralverband deutscher Händler, Markt- und Messenbesitzer an den Reichstag und sämtliche deutsche Ministerien eine Agitation gerichtet.

In Posen hat der Kreis- u. Inspektor Schulrath Schwabe in Betreff des polnischen Privat-Sprachunterrichts eine Verfügung erlassen, wonach die Ertheilung des Unterrichts bedeutend eingeschränkt wird, da, wie die Verfügung feststellt, die jetzige Einrichtung des Unterrichts zu Uebergriffen und Mißbräuchen geführt hat, welche die Zucht und Ordnung sowie die Erreichung der vorgeschriebenen Ziele in der Schule ernstlich in Frage stellen.

Secondlieutenant Prinz Friedrich von Solms-Braunfels ist vorgestern von dem Pferd eines Artillerieofficiers so unglücklich geschlagen worden, daß die rechte Kniegabel und das Schienbein zertrümmert worden sind und der Prinz nach der königlichen Klinik gebracht werden mußte.

Vom Reichstag. Gestern wurde der Reichstag wieder eröffnet. Zur Tagesordnung stand die erste Beratung des Gesetzesentwurfes wegen Erhebung der Brausteuern. Schatzsekretär v. Malpahn erklärte, die Regierungen wollten mit den drei dem Reichstage zugegangenen Steuervorlagen die Mehrausgaben infolge der Militärvorlage decken, nicht mehr und nicht weniger. An eine umfassende Steuerreform sei dabei keineswegs gedacht, dafür wäre der Zeitpunkt ein allzu ungünstiger. Der sofortige Mehrbedarf in der Höhe von 46 1/2 Millionen Mark sei dadurch vollgedeckt. Die Deckung

der späteren Mehrausgaben aus der Militärvorlage müsse der späteren Erörterung vorbehalten bleiben. Vergleiche man die Belastung durch die Brauer in Bayern, Baden und Württemberg mit der Belastung in der Brauereigemeinschaft, so könne die Erhöhung der letzteren nicht unbillig erscheinen; bei dem gegenwärtigen hohen Nutzen der Gastwirthe könne denselben die vorgeschlagene Mehrbelastung wohl zugemuthet werden. Abg. Brauereidirektor Goldschmidt (freisinnig) bezweifelt, daß die Brausteuern 26 Millionen Mark mehr erbringen werde; nicht die Gastwirthe, sondern die Brauereien würden die Mehrbelastung tragen und vielfach mit Verlust arbeiten müssen. Der Vergleich mit Bayern sei unzutreffend, da der Bierkonsum hieselbst ein ungleich höherer sei, der Konsum anderer Genußmittel aber ein niedrigerer als in Norddeutschland; überdies führe Bayern stark nach Norddeutschland aus. Das norddeutsche Brauergewerbe besitze dagegen kein solches Abgabegeld. Schatzsekretär v. Malpahn wies gegenüber dem Abg. Goldschmidt auf die Rentabilität einzelner Brauereien hin, welche Miethen bezahlten wie kein anderes Gewerbe und theilweise 55 Proz. Dividende vertheilen. Der bayerische Finanzminister v. Meißel bestritt die Richtigkeit der Behauptung des Abg. Goldschmidt, daß in Bayern infolge der Brausteuerverhöhung zahlreiche kleinere Brauereien zu Grunde gegangen seien. Das Zurückgehen des Kleinbetriebes sei auf gleiche Umstände zurückzuführen, wie in anderen Gewerben. Abg. Hug (Centrum) bemerkte, daß die süddeutschen Staaten durch die Brausteuern nicht direct berührt würden, immerhin sei zu wünschen, daß die Militärvorlage eine solche Reduktion erfahre, daß eine Brausteuerverhöhung überflüssig werde. Abg. Gamp (Reichspartei) billigte von den Steuervorlagen nur die Biersteuer ganz; seine Partei habe gegen die Brausteuervorlage eine Reihe Bedenken und hoffe, daß die Vorlage in der Commission eine annehmbare Gestalt erhält. Es werde in der Commission zu überlegen sein, ob es nicht besser sei, ander. Steuerwege, wie Champagner-, Lüttungs- und Insektensteuer, einzuschlagen. Redner äußerte Bedenken gegen die Einbeziehung Elb-Lothringens in die Brauereigemeinschaft, wodurch dem Reichlande ein unmotivirtes Geschenk gemacht würde. Abg. Köfke (wild) meinte, der Durchschnittsbedarf würde durch die Steuererhöhung so gering sein, daß viele Brauereien, namentlich kleine und mittlere, eingehen werden. Die hohen Dividenden einzelner Brauereien seien nicht maßgebend. Kapitalistische Brauereien würden wahrscheinlich nach dem Eingehen der kleineren Brauereien entweder theurer oder schlechter werden. Redner wies auf die ungünstigere Lage des norddeutschen Brauereigewerbes gegenüber dem bayerischen hin, benutzte einzelne Berechnungen und die Motive der Vorlage und erwartete deren Ablehnung. Schatzsekretär von Malpahn betonte die Nothwendigkeit der Steuererhöhung, auch wenn ein Theil davon von den Konsumenten getragen würde. Die Regelung der Uebergangsabgabe werde noch vom Bundesrath erfolgen.

Oesterreich-Ungarn. Bisher hat Graf Taaffe sein neues Programm geheim gehalten, nur bekanntlich vom Kaiser Franz „genehmigen“ lassen. Jetzt verlautet, daß dieses „Programm“ fast kein einziges Zugeständniß an die Linke